

LINK TO EUROPE

Europabüro der Metropolregion
FrankfurtRheinMain

Poststraße 16
60329 Frankfurt am Main
☎ +49 69 2577 1538
✉ europa@region-frankfurt.de
www.europabuero-frm.de

17.06.2026

INHALTSVERZEICHNIS



Aktuelles aus der EU	2
Kommission legt Frühjahrspaket des Europäischen Semesters vor	2
Kommunale Belange und regionale Entwicklung	3
Veranstaltung des Europabüros zum EU-Vergaberecht in Brüssel	3
Kommission startet Europäische Wohnungsallianz	4
Rat der EU legt Standpunkt zu Erasmus+ ab 2028 fest	4
Verkehr und Mobilität	5
Kommission schlägt Regeln für vereinfachtes Bahnreisen vor	5
Energie, Klima und Umwelt	6
Bewerbungsphase für Natura-2000-Award geöffnet	6
Neue Leitlinien zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie	7
Wirtschaft, Forschung und Innovation	8
Kommission stellt Paket zur technologischen Souveränität vor	8
Folgen Sie uns auf LinkedIn	9



Aktuelles aus der EU

Kommission legt Frühjahrspaket des Europäischen Semesters vor

Die Europäische Kommission hat am 3. Juni 2026 das Frühjahrspaket des Europäischen Semesters vorgelegt. Das Europäische Semester bildet den Rahmen für die Koordinierung der Wirtschafts- und Sozialpolitik in der EU und beinhaltet zu jedem Mitgliedstaat Länderberichte und länderspezifische Empfehlungen. Das Europäische Semester 2026 für Deutschland fokussiert sich auf die Stärkung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit und die Bewältigung des strukturellen Reformdrucks.

Im [Länderbericht](#) für Deutschland analysiert die Europäische Kommission die wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen. Deutschlands Wirtschaftsentwicklung habe sich aufgrund geopolitischer Krisen und des damit verbundenen neuen Energieschocks spürbar verlangsamt. Die Abhängigkeit von Lieferketten und Energieimporten verlange nach einer Stärkung der strategischen Autonomie. Gleichzeitig bestehe Investitionsbedarf bei der Dekarbonisierung und der digitalen Transformation. Komplexe Verwaltungsvorgänge und bürokratische Hürden hemmten die Dynamik zur Wirtschaftsentwicklung.

In den [länderspezifischen Empfehlungen](#) empfiehlt die Europäische Kommission Deutschland, den Zugang zu Finanzierungen für Unternehmen sowie gezielte Wachstumsinvestitionen zu erleichtern, um Innovationen zu fördern. Öffentliche Ausgaben sollten durch eine Konzentration auf künftige Wachstumsmotoren wie moderne Infrastruktur, Kompetenzen sowie transformative Innovation effizienter gestalten werden. Die Tragfähigkeit der Renten, das Steuersystem sowie die Wirksamkeit und Effizienz des Sozialsystems sollen nach Ansicht der Europäischen Kommission verbessert werden. Die Modernisierung und Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung müssten beschleunigt werden. Die Europäische Kommission empfiehlt die Nutzung eines einheitlichen IT-Rahmens für die Bundes-, Landes- und lokale Ebene sowie vernetzte öffentliche Register. Regeln für Unternehmen müssten deutlich vereinfacht und Verwaltungsprozesse beschleunigt werden, um unternehmerische Tätigkeiten zu entlasten.

Im Bereich des Arbeitsmarktes empfiehlt die Europäische Kommission Deutschland, das Arbeitskräfteangebot zu erhöhen und den Fachkräftemangel zu adressieren. Die Anwerbung und Bindung von Talenten aus Nicht-EU-Ländern müsse verbessert werden.

Gemäß den Vorschlägen der Europäischen Kommission für den nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen (2028-2034) soll das Europäische Semester in Zukunft an Bedeutung gewinnen und als grundlegender Bezugsrahmen für die nationalen und regionalen Partnerschaftspläne (NRPP) dienen (vgl. [Europa Info 10/2025](#), S. 3).



Kommunale Belange und regionale Entwicklung

Veranstaltung des Europabüros zum EU-Vergaberecht in Brüssel

Unter der Schirmherrschaft von Prof. Dr. René Repasi, Abgeordneter des Europäischen Parlaments, luden die Europabüros der Metropolregion FrankfurtRheinMain und der Region Stuttgart zu einer Veranstaltung über die anstehende Revision des Europäischen Vergaberechts in das Europäische Parlament in Brüssel ein.

Mehr als 40 Teilnehmende aus den Bundesländern, Regionen und Kommunen sowie Wirtschafts- und Sozialpartner folgten der Einladung und diskutierten mit Vertretern des Europäischen Parlaments, der Europäischen Kommission und der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der EU über die anstehende Reform.

Das EU-Vergaberecht wurde seit 2014 nicht geändert. Anfang Juli 2026 werden die neuen Vorschläge der Europäischen Kommission erwartet. Im Gespräch sind Anpassungen von Vergabekriterien (vgl. [Europa Info 7/2025](#), S. 2). Vor diesem Hintergrund war es Ziel der Veranstaltung, das Spannungsfeld zwischen politischem Anspruch und administrativer Machbarkeit vor Ort offen zu beleuchten.

Rouven Kötter, Erster Beigeordneter des Regionalverbands FrankfurtRheinMain und Kommissionsvorsitzender des Europabüros, betonte: „Für wirtschaftsstarke, international vernetzte Metropolregionen wie unsere ist die Revision des EU-Vergaberechts von unmittelbarer Bedeutung. Das Zusammenspiel von Binnenmarktchancen und praktischer Umsetzung vor Ort bestimmt, ob wir Innovationen fördern, Daseinsvorsorge sichern und große Infrastrukturmaßnahmen sowie Digitalisierungsprojekte erfolgreich vorantreiben können.“

In einem Impulsvortrag machte Dr. Thomas Stöhr, Geschäftsführer der Gigabitregion FrankfurtRheinMain GmbH und ehemals langjähriger Bürgermeister der Stadt Bad Vilbel, anhand praktischer Beispiele auf die Fallstricke bei der Umsetzung des Vergaberechts in den Kommunen aufmerksam. Herr Dr. Stöhr regte an, die Schwellenwerte für europaweite Vergabeverfahren zu erhöhen und die Vergaben nicht durch zusätzliche und vergabefremde Kriterien zu verkomplizieren.

Henning Ehrenstein, Leiter des Referats Vergaberecht bei der Europäischen Kommission, kündigte an, dass das noch vor dem Sommer erwartete neue Vergaberecht durch Vereinfachung verbunden mit Digitalisierung entschlackt werden solle.

„Daseinsvorsorge, komplexe Bauvorhaben und die Digitalisierung der Verwaltung sind nicht abstrakte Projekte, sondern Anliegen, die unmittelbar die Lebensqualität der Menschen vor Ort beeinflussen. Entsprechend müssen Vergaberegeln handhabbar sein, um diese Projekte effizient, transparent und rechtssicher umzusetzen“, so Rouven Kötter.

Das Europabüro brachte sich bereits mit einer [Stellungnahme](#) in die Diskussion ein.



Kommission startet Europäische Wohnensallianz

Als zentrale Maßnahme des neuen europäischen Plans für bezahlbares Wohnen (vgl. [Europa Info 1/2026](#), S. 2) hat die Europäische Kommission am 12. Mai 2026 die [Europäische Wohnensallianz](#) gestartet.

Mit der Allianz sollen Politikfelder auf EU-Ebene, die das Thema Wohnen beeinflussen, besser koordiniert werden. Die Europäische Kommission betont, dass die Wohnungsprobleme in Europa gemeinsames Handeln erfordern, das auf lokaler, regionaler und nationaler Praxis aufbaut.

Mitglieder der Allianz sollen breit gefächert sein. Dazu gehören EU-Mitgliedstaaten, Regionen und Kommunen ebenso wie Schlüsselakteure aus Zivilgesellschaft, Wohnungswirtschaft, Nichtregierungsorganisationen, Industrie und Wissenschaft. Auch Organisationen, die die wohnungsbezogenen Interessen spezifischer Gruppen vertreten – etwa Jugendorganisationen, Mieter- und Eigentümervereinigungen sowie Wohnungsgenossenschaften – sind eingeladen, sich einzubringen.

Die Allianz hat zum Ziel, einen Dialog zwischen den genannten Akteuren aufzubauen und dadurch den Austausch von Wissen, Fachkenntnissen und bewährten Vorgehensweisen zu fördern.

Im Mittelpunkt der Diskussionen steht der Austausch von Best-Practice-Beispielen und gegenseitiges Lernen zu nationalen und lokalen Wohnungsstrategien. Die Themen werden in einem jährlichen Arbeitsprogramm festgelegt, das flexibel an neue Herausforderungen angepasst werden kann.

Das Europabüro der Metropolregion FrankfurtRheinMain verfolgt das Thema Wohnen in der Allianz und hat bereits in den letzten Monaten verschiedene Stellungnahmen eingebracht:

- ★ [Stellungnahme zum Rechtsakt für erschwinglichen Wohnraum](#)
- ★ [Stellungnahme Wohnungswesen auf europäischer Ebene](#)
- ★ [Stellungnahme DAWI erschwinglicher Wohnraum](#)

Rat der EU legt Standpunkt zu Erasmus+ ab 2028 fest

Am 11. Mai 2026 hat der Rat der Europäischen Union seinen [Standpunkt zur Erasmus+-Verordnung 2028-2034](#) festgelegt. Dies ist ein wichtiger Schritt vor den Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament.

Der vom Rat gebilligte Text gewährleistet auch für die nächste Förderperiode die Sichtbarkeit aller Teilbereiche des Programms Erasmus+, d. h. allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport.

Da die Europäische Kommission im Rahmen ihres Vorschlags für den nächsten MFR vom 16. Juli 2025 (vgl. [Europa Info 07/2025](#), S. 2) vorgeschlagen hat, die bestehenden Programme Erasmus+ und das Europäische Solidaritätskorps zusammenzuführen, hat sich der Rat ebenfalls für die Bewahrung des Vermächtnisses des Europäischen Solidaritätskorps im Programm Erasmus+ für die Zeit nach 2027 ausgesprochen, bspw. sollen Initiativen zur Unterstützung der Teilhabe junger Menschen und von solidarischen Tätigkeiten gefördert werden.



Durch die Aktualisierung des Governance-Modells sollen die EU-Mitgliedstaaten mehr Kontrolle über die Programmverwaltung erhalten. Hierzu wurde der im Rahmen des laufenden Programms Erasmus+ bestehende Programmausschuss wieder aufgenommen. Zudem soll es neben dem „regulären“ Arbeitsprogramm für Maßnahmen, die nach ihrer ersten Durchführung weiterhin finanziert werden, künftig ein Arbeitsprogramm für neu vorgeschlagene Maßnahmen im Rahmen der direkten Mittelverwaltung geben.

Die Kommission hat mit ihrem Vorschlag zum nächsten MFR das neue Konzept der „teilweisen“ Assoziierung von Nicht-EU-Ländern mit dem Programm Erasmus+ eingeführt. Der Rat führt dies weiter aus und präzisiert die Bedingungen, die Nicht-EU-Länder für die teilweise Assoziierung erfüllen müssen.

Darüber hinaus sieht der vom Rat gebilligte Text die Umbenennung der „Erasmus+-Stipendien“ in „Möglichkeiten zur Entwicklung von Talenten und Exzellenz“ vor.

Die Einigung betrifft die inhaltliche Programmgestaltung. Finanzielle Fragen sind Teil der Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen 2028-2034 (vgl. [Europa Info 05/2026](#), S. 2).

Verkehr und Mobilität

Kommission schlägt Regeln für vereinfachtes Bahnreisen vor

Die Europäische Kommission hat am 13. Mai 2026 [neue Regeln für einfacheres Zugreisen](#) innerhalb der EU vorgestellt. Die Planung und Buchung von Zugtickets soll vereinfacht und der Fahrgastschutz verbessert werden. Insbesondere grenzüberschreitende Zugreisen unter Beteiligung mehrerer Bahnunternehmen können kompliziert sein. Dies ist auf fragmentierte Buchungssysteme und starke Präsenz bestimmter Bahnunternehmen zurückzuführen.

Die Europäische Kommission schlägt vor, dass Fahrgäste in Zukunft Verbindungen unter Beteiligung verschiedener Bahnunternehmen auf einer Ticketplattform ihrer Wahl vergleichen, kaufen und zu einer Fahrkarte zusammenfassen können. Bei der Ticketplattform kann es sich um die Seite eines Bahnunternehmens handeln oder auch um eine unabhängige Plattform.

Die Ticketplattformen sollen die unterschiedlichen Reisemöglichkeiten neutral darstellen und – wenn möglich – die Verbindungen nach Treibhausgasemissionen sortieren. Dafür sollen Bahnunternehmen ihre Fahrpläne, Verspätungen und Preise mit anderen Anbietern teilen.

Wenn ein Anschlusszug auf Bahnreisen mit mehreren Betreibern verpasst wird, ist ein verbessertes Fahrgastschutzrecht vorgesehen. Ähnlich wie innerhalb Deutschlands sollen Reisende mit einem einzigen Fahrschein bei verpassten Anschlüssen ein Recht darauf haben, ohne Zusatzkosten an ihr Ziel zu kommen.

Im nächsten Schritt wird die Europäische Kommission ihren Vorschlag dem Rat der EU und dem Europäischen Parlament vorlegen.



Hintergrund

Die Vorschläge dienen der Weiterentwicklung des EU-Aktionsplans für den Hochgeschwindigkeits- und Schienenverkehr (vgl. [Europa Info 09/2025](#), S. 4) sowie des Plans zur Vernetzung Europas durch Hochgeschwindigkeitsbahnen.

Energie, Klima und Umwelt

Bewerbungsphase für Natura-2000-Award geöffnet

Vom 21. Mai bis zum 30. September 2026 ist die [Bewerbungsphase für den Natura-2000-Award](#) in der achten Auflage geöffnet. Mit dem Preis zeichnet die Europäische Kommission herausragende Leistungen bei der Verwaltung von Natura-2000-Gebieten aus. Durch den Preis soll der Mehrwert des Natura-2000-Netzes für die Erhaltung der Natur für lokale Gemeinschaften und Volkswirtschaften in der gesamten Europäischen Union hervorgehoben werden.

Bewerbungen können in den folgenden fünf Kategorien eingereicht werden, darunter eine neue Kategorie für Standorte in städtischen Gebieten:

- ★ Landschaft
- ★ Meeres- und Küstengebiete
- ★ Städte und Gemeinden
- ★ Gemeinnützige Projekte
- ★ Öffentliches Engagement

Bewerben können sich alle Einrichtungen mit Sitz in der EU. Zu den förderfähigen Antragstellenden gehören unter anderem öffentliche Behörden, Unternehmen, Bildungs- und Forschungseinrichtungen, Einzelpersonen sowie Tourismus- und Freizeitorganisationen. Alle Anträge müssen in direktem Zusammenhang mit dem Natura-2000-Netz stehen und Auswirkungen auf mindestens ein Natura-2000-Gebiet haben, das als „Special Area of Conservation“ oder als „Special Protection Area“ ausgewiesen ist. Anträge in den Kategorien „Landschutz“ sowie „Meeres- und Küstengebiete“ müssen sich auf mindestens eine Art und/oder einen Lebensraumtyp konzentrieren, für die bzw. den das Hauptgebiet ausgewiesen ist. Der Antrag muss konkrete Ergebnisse abdecken, die zwischen September 2021 und September 2026 erzielt wurden. Wenn die Aktivitäten vor diesem Datum begonnen haben, kann ein früheres Startdatum angegeben werden. Die Aktivitäten können zum Zeitpunkt der Bewerbung noch andauern.

Eine Expertenjury wählt aus einer Finalistenliste einen Gewinner pro Kategorie aus. Alle Finalisten nehmen automatisch an der Auswahl des Publikumspreises teil. Die Gewinner der fünf Award-Kategorien und des Publikumspreises werden im Rahmen der offiziellen European-Natura-2000-Award-Feier im Mai/Juni 2027 in Brüssel bekanntgegeben.



Die Europäische Kommission unterstützt alle Finalisten durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit, maßgeschneiderte Bildmaterialien zur Verwendung in den eigenen Netzwerken und durch ein spezielles Social-Media-Training zur Unterstützung der Bewerbung. Darüber hinaus werden die Finalisten zur offiziellen Preisverleihung und Netzwerkveranstaltung in Brüssel eingeladen (inkl. Erstattung der Reise- und Unterbringungskosten für bis zu zwei Personen).

Die Gewinner der fünf Kategorien erhalten neben der Auszeichnung im Rahmen der Preisverleihung Unterstützung bei der Organisation einer lokalen Veranstaltung an oder in der Nähe des Natura-2000-Gebiets mit einer Kostenbeteiligung durch die Europäische Kommission von bis zu 1.500 Euro.

Bewerbungen sind über das [Online-Formular](#) auf der Award-Webseite in einer der offiziellen EU-Sprachen einzureichen. Weitere Informationen sowie der Award-Leitfaden können auf dieser [Webseite](#) heruntergeladen werden.

Neue Leitlinien zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie

Die Europäische Kommission hat am 22. Mai 2026 neue [Leitlinien zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie](#) veröffentlicht. Damit sollen eine einfachere und einheitlichere Umsetzung der EU-Wassergesetze gewährleistet und Unsicherheiten in Bezug auf die Einhaltung der Vorschriften – vor allem mit Blick auf Umweltprüfungen und Genehmigungsverfahren – verringert werden.

Die Leitlinien sollen Klarheit in Bezug auf die [Wasserrahmenrichtlinie](#) und ihrer Tochterrichtlinien – der [Grundwasserrichtlinie](#) und der [Richtlinie über Umweltqualitätsnormen](#) – schaffen. Die Leitlinien sind Teil des [RESourceEU-Aktionsplans](#) und unterstützen die Ziele der [Wasserresilienz-Strategie der EU](#).

Die Leitlinien sind anhand von acht Leitfragen aufgebaut. Diese beziehen sich auf die Bewertung des chemischen Zustands von Gewässern, Flexibilitätsregelungen in Bezug auf die Wasserrahmenrichtlinie sowie Genehmigungsverfahren für neue Projekte, bestehende Anlagen und für die Erweiterung von Anlagen im Bereich Bergbau und in der metallverarbeitenden Industrie.

In den Leitlinien wird erläutert, wie die Umweltauswirkungen neuer Projekte auf die Wasserqualität bewertet werden können. Es werden zudem Ausnahmen erläutert, die vereinfachte Verfahren für Projekte ermöglichen, die nur zu einer kurzfristigen Verschlechterung oder zu einer Verlagerung der Umweltverschmutzung ohne Nettozunahme der Schadstoffbelastung führen.

Die Europäische Kommission möchte mit den EU-Mitgliedstaaten zusammenarbeiten, um eine wirksamere und vergleichbarere Bewertung von Genehmigungen für Projekte im Zusammenhang mit kritischen Rohstoffen sicherzustellen.



Wirtschaft, Forschung und Innovation

Kommission stellt Paket zur technologischen Souveränität vor

Die Europäische Kommission hat am 3. Juni 2026 das [Paket zur technologischen Souveränität der Europäischen Union](#) vorgestellt.

Mithilfe des Pakets sollen die Fähigkeiten der Europäischen Union in den Bereichen Halbleiter, künstliche Intelligenz, Cloud und Open Source gestärkt werden.

Die Europäische Kommission hat das Ziel, [technologische Abhängigkeiten zu verringern](#). Im Moment besteht eine starke Abhängigkeit von Anbietern aus Drittländern bei vielen digitalen Technologien.

Das Paket umfasst zwei Gesetzgebungsvorschläge ([Chip-Verordnung 2.0](#) und die [Verordnung zur Cloud- und KI-Entwicklung](#)) und zwei Strategien ([Open-Source-Strategie](#) und den [strategischen Fahrplan für Digitalisierung und KI im Energiebereich](#)).

Die Chip-Verordnung 2.0, die auf das Chip-Gesetz der Europäischen Union aus dem Jahr 2023 Bezug nimmt (vgl. [Europa Info 04/2023](#), S. 11 und [Europa Info 07/2023](#), S. 5f.), legt den Fokus auf den Ausbau von Kapazitäten von Halbleitertechnik für Künstliche Intelligenz.

In der Verordnung zur Cloud- und KI-Entwicklung ist das Ziel formuliert, die Kapazitäten der Rechenzentren in der Europäischen Union in den nächsten fünf bis sieben Jahren zu verdreifachen. Gleichzeitig sollen die Bedingungen für den Bau von Rechenzentren strenger werden mit dem Ziel, nachhaltigere Rechenzentren zu bauen.

Die Open-Source-Strategie soll quelloffene digitale Lösungen fördern und eine stärkere Nutzung dieser Lösungen in öffentlichen Verwaltungen durch Beschaffungsrichtlinien und Best-Practice-Beispiele vorantreiben.

Der strategische Fahrplan für Digitalisierung und KI im Energiebereich soll dazu beitragen, das Europäische Energiesystem durch KI und Digitalisierung effizienter zu gestalten. Unter anderem sollen Rechenzentren dafür nachhaltiger werden, indem Energie- und Digitalsektor enger zusammenarbeiten.

Im nächsten Schritt werden die Vorschläge zwischen Europäischer Kommission, Europäischem Parlament und dem Rat der Europäischen Union verhandelt. Im Juli wird die Europäische Kommission ein offizielles Ausschreibungsverfahren für den Aufbau von KI-Gigafabriken veröffentlichen.

Hintergrund

Das Paket zur technologischen Souveränität soll den Aktionsplan der Europäischen Kommission für den KI-Kontinent (vgl. [Europa Info 04/2025](#), S. 7) beschleunigen.



Folgen Sie uns auf LinkedIn

Wir sind auf LinkedIn aktiv, um Sie noch schneller zu informieren und zu kommunalrelevanten Themen, Akteuren, Förderaufrufen oder EU-Gesetzgebungsverfahren auf dem aktuellsten Stand zu halten. LinkedIn ist das größte berufliche Soziale Netzwerk weltweit. Bleiben Sie ganz unkompliziert in Kontakt mit dem Europabüro der Metropolregion FrankfurtRheinMain, indem Sie unserer Seite [Europabüro Metropolregion FrankfurtRheinMain](#) folgen.



Europabüro Metropolregion FrankfurtRheinMain

Wir vertreten die Interessen der Metropolregion FrankfurtRheinMain & gestalten die Förderkulisse in Brüssel aktiv mit.

Regierungsverwaltung · Frankfurt, Hesse · 65 Follower:innen · 2-10 Beschäftigte

Europabüro Metropolregion FrankfurtRheinMain
94 Follower:innen
2 Wochen · 🌐

🗨️ Tag 2 unserer Informationsreise nach Straßburg: Welche Bedeutung haben die Themen Verteidigung und Sicherheit aus kommunalpolitischer Perspektive ?

Am zweiten Tag begrüßte MdEP **Michael Gahler** unsere Gruppe von rund 30 Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern aus der Metropolregion FrankfurtRheinMain im Europäischen Parlament in Straßburg. Gemeinsam diskutierten wir die aktuelle EU-Politik zum Thema Verteidigung und Sicherheit und welche Bedeutung dies für die Kommunen bei uns in der Region darstellt.

Zudem konnten wir einen Einblick in eine Plenardebatte des Europäischen Parlaments zum Thema europäischer Binnenmarkt erhalten.

Nach einem wertvollen Austausch mit neuen Impulsen in beide Richtungen - EU und Kommunen - ging es dann gestern Abend wieder zurück in die Region.

©Bildquelle Europabüro

9 2 Reposts

Europabüro Metropolregion FrankfurtRheinMain
94 Follower:innen
5 Tage · 🌐

📍 Die mittlerweile zehnte Informationsreise seit Gründung des Europabüros der Metropolregion FrankfurtRheinMain 2011 führte dieses Jahr erstmals nach Straßburg.

Rund 30 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie Vertreter der regionalen Gesellschaften aus Frankfurt-RheinMain kamen mit Europaabgeordneten zusammen und erhielten direkte Einblicke in aktuelle europäische Debatten und deren Auswirkungen auf die kommunale Ebene.

📄 Die komplette Pressemitteilung ist abrufbar unter: <https://lnkd.in/eDytsudq>

Michael Gahler

2